

Börse Online

Erhöhte Wachsamkeit in der Wirtschaftspolitik

Von Michael Heise
05.06.2012

Alle Anstrengungen zur Überwindung der Schuldenkrise im Euro-Raum werden derzeit überschattet von den Unwägbarkeiten in der weiteren Entwicklung in Griechenland. Falls die neue Regierung nach den Wahlen am 17. Juni die mit der EU, der EZB und dem IWF vereinbarten Reform- und Sparauflagen aufkündigt, ist ein Austritt des Landes aus dem Euro-Währungsgebiet wohl kaum vermeidbar. Das nährt das Misstrauen der Investoren gegenüber anderen EU-Ländern, insbesondere gegenüber Spanien, zusätzlich. Dabei gibt es durchaus Belege, dass die ergriffenen Maßnahmen Wirkung zeigen. In den ersten vier Monaten dieses Jahres lag der Fehlbetrag im griechischen Staatshaushalt unter Plan. Das spricht dafür, dass das mit der Troika vereinbarte Ziel für 2012 erreicht oder sogar unterboten werden kann. Wesentliche fiskalische Schritte sind gemacht. Und inzwischen scheint der Abwärtstrend der Wirtschaft nachzulassen. Auch in Spanien sind deutliche Korrekturen erfolgt. Rückläufige Lohnstückkosten haben die preisliche Wettbewerbsfähigkeit des Landes klar verbessert. Verloren gegangene Exportmarktanteile werden allmählich wieder zurückgewonnen. Der Ausgleich des Außenbeitrags in der Leistungsbilanz sollte bereits im Laufe von 2012 gelingen. Ein Ende der Krise ist aber trotz dieser Entwicklungen noch nicht zu beobachten. Im Gegenteil.

Stellungnahmen nach dem jüngsten informellen EU-Gipfel lassen keinen Zweifel an der Bereitschaft, den zur Wahrung der Finanzstabilität geschaffenen Rettungsschirm EFSF/ESM notfalls über weiteren Ländern aufzuspannen. Auf der geldpolitischen Ebene kann weiterhin eine unbegrenzte Liquiditätsbereitstellung für Banken, im Krisenfall sogar eine Reaktivierung des Programms für die Wertpapiermärkte und eine neuerliche Leitzinssenkung erwartet werden. Indirekt könnte überdies eine EU-weite Wachstumsinitiative zur Beruhigung beitragen. Bereits vorhandene Mittel der europäischen Strukturfonds Investitionszwecken zuzuführen, die Europäische Investitionsbank zu stärken und Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu ergreifen würde die Verschuldung nicht erhöhen und gleichzeitig ein Gegengewicht zur Konsolidierungspolitik schaffen. Zudem könnten solche Maßnahmen die notwendige Akzeptanz der Bevölkerung für die Sparpolitik ihrer Regierungen erhöhen.

Eine weitere Herausforderung der Politik besteht darin, konsequente Schritte zur Schaffung einer europäischen Bankenaufsicht zu unternehmen. So scheitert derzeit eine rasche Rekapitalisierung nationaler Banken (wie der spanischen Bankia) mit Mitteln der EFSF daran, dass keine effektive europäische Bankenaufsicht existiert. Ebenso wird es eine gemeinsame Einlagensicherung nicht ohne gemeinsame Bankenaufsicht, zumindest für internationale Institute, geben. Noch ist ungewiss, welche Schritte die Wirtschaftspolitik im Einzelnen unternehmen wird. Die Risikotoleranz der Marktteilnehmer bei Anlagen im Euro-Raum dürfte daher vorerst gering bleiben und Liquidität bevorzugt werden. Mit einer umsichtigen und entschiedenen Politik dürfte es aber graduell zu einer Beruhigung der Lage und zu Gewinnen an den Börsen kommen.